

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stephan Brandner, Martin Hess und der Fraktion der AfD – Drucksache 20/6303 –

Illegale Einreisen nach Deutschland in dem Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2022

Vorbemerkung der Fragesteller

Mit der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/1365 wurde unter anderem abgefragt, wie viele Personen jeweils in dem Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2021 unerlaubt in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind. Mit dieser Kleinen Anfrage sollen die bereits vorliegenden Daten auf einen aktuellen Stand gebracht werden.

1. Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in dem Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 30. Dezember 2022 unerlaubt in die Bundesrepublik Deutschland eingereist, und welche zehn Nationalitäten wurden bei diesen Personen am häufigsten festgestellt (bitte nach Jahresscheiben in absoluten Zahlen und dem prozentualen Anteil der festgestellten Nationalitäten an der Gesamtzahl der unerlaubt eingereisten Personen aufschlüsseln)?

Die nach Kenntnis der Bundesregierung vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 festgestellten unerlaubt eingereisten Personen sind in der nachfolgenden Übersicht aufgeführt. Zu den entsprechenden Angaben der Jahre 2009 bis 2021 wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 1 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/1365 verwiesen.

2022		
Staatsangehörigkeit	Anzahl Personen	Anteil in Prozent
syrisch	21 525	23,4
afghanisch	14 981	16,3
türkisch	9 094	9,9
irakisch	3 973	4,3
indisch	2 867	3,1
tunesisch	2 487	2,7
ägyptisch	2 126	2,3

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern und für Heimat vom 28. April 2023 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

2022		
Staatsangehörigkeit	Anzahl Personen	Anteil in Prozent
marokkanisch	2 041	2,2
algerisch	1 995	2,2
ukrainisch	1 929	2,1
Gesamt	91 986	

2. Haben die Mitglieder der Bundesregierung bislang einen oder mehrere Flüchtlinge bei sich zu Hause aufgenommen, und wenn ja, welche Mitglieder der Bundesregierung haben wie viele Flüchtlinge, für welchen Zeitraum bei sich zu Hause aufgenommen (bitte auch die Nationalität der aufgenommenen Flüchtlinge angeben)?

Die Aufnahme von Flüchtlingen in den eigenen Haushalt durch Mitglieder der Bundesregierung ist eine ausschließlich persönliche Entscheidung, die der privaten Lebensführung zuzurechnen ist. Sie steht nicht im Zusammenhang mit der Ausführung des öffentlichen Amtes. Fragen zur privaten Lebensführung unterliegen nicht der politischen Kontrolle und werden nicht vom parlamentarischen Informationsanspruch erfasst.

3. Wie viele Abschiebungen haben nach Kenntnis der Bundesregierung bundesweit in dem Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 30. Dezember 2022 stattgefunden (bitte nach Jahresscheiben aufschlüsseln)?

Für Abschiebungen sind die Länder zuständig. Nach Kenntnis der Bundesregierung sind im Zeitraum von 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2022 203 708 Personen abgeschoben worden. Im Jahr 2022 sind 12 945 Personen abgeschoben worden. Weitere Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr	Anzahl Personen
2009	7 830
2010	7 558
2011	7 917
2012	7 651
2013	10 198
2014	10 884
2015	20 888
2016	25 375
2017	23 966
2018	23 617
2019	22 097
2020	10 800
2021	11 982
2022	12 945
Gesamt	203 708

4. Wie viele Personen konnten nach Kenntnis der Bundesregierung im Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 30. Dezember 2022 aufgrund von gesundheitlichen Gründen nicht aus Deutschland abgeschoben werden (bitte nach Staatsangehörigkeit der Personen, dem Bundesland, den zehn häufigsten Erkrankungen und Jahresscheiben aufschlüsseln)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind im Zeitraum von Januar 2009 bis Dezember 2022 die Abschiebungen von insgesamt 963 Personen aus medizinischen Gründen abgebrochen worden. Die Daten beziehen sich nur auf Rückzuführende, die bereits von den zuständigen Landesbehörden an die Bundespolizei übergeben wurden. Eine Erfassung des konkreten medizinischen Grunds erfolgt hierbei nicht.

Weitere Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

nach Staatsangehörigkeit	
Serbien	67
Georgien	62
Syrien	60
Kosovo	59
Afghanistan	56
Nigeria	53
Russland	45
Türkei	43
Irak	41
Albanien	41
Nordmazedonien	35
Iran	34
Armenien	32
Algerien	31
Pakistan	24
Somalia	19
Marokko	18
Bosnien-Herzegowina	18
Aserbaidschan	17
Eritrea	15
Libanon	14
ungeklärt	12
Montenegro	11
Ägypten	10
Ukraine	10
Guinea	10
Ghana	9
Tunesien	9
Kamerun	8
Indien	7
Mongolei	6

nach Staatsangehörigkeit	
Angola	5
Sierra Leone	5
Sri Lanka	5
Gambia	5
Sudan	5
Kirgisistan	4
Rumänien	4
Senegal	4
Simbabwe	4
Bulgarien	3
Burkina Faso	3
Cote d'Ivoire	3
Liberia	3
Mali	3
Äthiopien	2
China	2
Kenia	2
Libyen	2
Polen	2
Tschad	2
Kolumbien	2
USA	2
Vietnam	2
Argentinien	1
Bangladesch	1
Brasilien	1
Dominikanische Rep.	1
Jemen	1
Kasachstan	1
Kroatien	1
Österreich	1
Tadschikistan	1
Ungarn	1
Weißrussland	1
Tansania	1
Ruanda	1
Gesamt	963

nach veranlassendem Land	
Baden-Württemberg	103
Bayern	127
Berlin	64
Brandenburg	23
Hamburg	41
Hessen	55
Mecklenburg-Vorpommern	33
Niedersachsen	104
Nordrhein-Westfalen	229
Rheinland-Pfalz	39
Saarland	1
Sachsen	42
Sachsen-Anhalt	23
Schleswig-Holstein	44
Thüringen	23
Bundespolizei	12
Gesamt	963

nach Jahren	
2009	42
2010	53
2011	56
2012	42
2013	27
2014	61
2015	79
2016	73
2017	110
2018	107
2019	137
2020	37
2021	49
2022	90
Gesamt	963

5. Wie viele Personen konnten nach Kenntnis der Bundesregierung im Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 30. Dezember 2022 aufgrund Suizidgefahr bzw. Suizidversuchen nicht aus Deutschland abgeschoben werden (bitte nach Staatsangehörigkeit der Personen, dem Bundesland und Jahres-scheiben aufschlüsseln)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind aufgrund Selbstverletzung/-versuchs oder Suizid/-versuchs im Zeitraum von Januar 2009 bis zum Dezember 2022 die Abschiebungen von insgesamt 174 Personen abgebrochen worden. Die Er-

kenntnisse beziehen sich nur auf Rückzuführende, die bereits von den zuständigen Landesbehörden an die Bundespolizei übergeben wurden. Eine Aufschlüsselung kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

nach Staatsangehörigkeit	
Marokko	18
Afghanistan	15
Iran	15
Syrien	13
Algerien	12
Nigeria	9
Irak	7
Armenien	5
Eritrea	5
Türkei	6
Vietnam	5
Gambia	4
Ghana	4
Pakistan	4
Somalia	4
ungeklärt	4
Georgien	3
Libanon	3
Russland	3
Tunesien	3
Aserbajdschan	2
Bosnien-Herzegowina	2
Kamerun	2
Libyen	2
Sierra Leone	2
Tadschikistan	2
Albanien	1
Äquatorialguinea	1
Äthiopien	1
Burkina Faso	1
China	1
Cote d'Ivoire	1
Dschibuti	1
Guinea	1
Indien	1
Jordanien	1
Kosovo	1
Liberia	1

nach Staatsangehörigkeit	
Niger	1
staatenlos	1
Ägypten	1
Togo	1
Uganda	1
Ukraine	1
Bangladesch	1
Weißrussland	1
Gesamt	174

nach veranlassendem Land	
Baden-Württemberg	9
Bayern	28
Berlin	27
Brandenburg	12
Hamburg	7
Hessen	12
Mecklenburg-Vorpommern	8
Niedersachsen	9
Nordrhein-Westfalen	37
Rheinland-Pfalz	5
Sachsen	11
Sachsen-Anhalt	4
Schleswig-Holstein	3
Thüringen	2
Gesamt	174

nach Jahren	
2009	4
2010	3
2011	7
2012	6
2013	8
2014	4
2015	11
2016	12
2017	22
2018	42
2019	34
2020	7
2021	7

nach Jahren	
2022	7
Gesamt	174

6. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der ausreisepflichtigen Personen in Deutschland jeweils zum Stichtag 31. Dezember in den Jahren 2009 bis 2022 (die Anzahl der Ausreisepflichtigen bitte nach Jahresscheiben aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen belastbare Daten ab dem Jahr 2010 vor. Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Jahr	Ausreisepflichtige jeweils zum 31. Dezember
2010	118 252
2011	116 164
2012	118 347
2013	131 598
2014	154 191
2015	204 414
2016	207 484
2017	228 859
2018	235 957
2019	249 922
2020	281 143
2021	292 672
2022	304 308

7. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Abschiebungshaftplätze in Deutschland zum Stichtag 31. Dezember in den Jahren 2009 bis 2022 (bitte die Anzahl der vorhandenen Abschiebehaftplätze nach Jahresscheiben aufschlüsseln)?

Der Bund hält für den Vollzug der Ausreisepflicht keine Abschiebungshaftplätze vor, da dies in der ausschließlichen Zuständigkeit der Länder liegt.

Der Bundesregierung liegen die Zahlen aus den Jahren 2019 bis 2022 vor. Diese können der nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Jahr	Haftplätze
2019	577
2020	573
2021	670
2022	625